

THÜRINGEN LIBERAL

MAGAZIN DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI THÜRINGEN
AUSGABE 4 | SEPTEMBER 2012

THL-INTERVIEW

Stefan Lobenstein, Präsident HWK Erfurt

JUNGE LIBERALE

Werbung für Deutschland ohne Schulden

MARKTPLATZ THÜRINGEN

Ladenöffnungsregel und Mindestlohn



Schule für's Leben

FDP wirbt für
leistungsgerechtes
Bildungssystem





Die FDP stellt Minister Matschie nach einem Jahr mit der neuen Schulordnung ein schlechtes Zeugnis aus.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

mit Beginn des neuen Schuljahres hat die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag eine Kampagne zum Thema Bildung gestartet. Wie viele Praktiker aus Schule und Wirtschaft machen wir uns Sorgen um die Richtung, die der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur bei unseren Schulen eingeschlagen hat. Bei den PISA-Studien standen nicht zufällig die Länder ganz vorn in der deutschen Rangliste, die sich dauernden Experimenten mit ihren Schulstrukturen verweigert haben. In diesen Ländern ist man den Prinzipien der Begabungsgerechtigkeit und der Leistungsorientierung treu geblieben. Auch Thüringen hat bisher auf diese Werte gesetzt und stand bei PISA ebenfalls in der deutschen Spitzengruppe.

In den letzten beiden Jahren hat auf Druck der SPD ein fundamentaler Umbau der Thüringer Schulen begonnen. Minister Matschie hat bei den verschiedensten Gelegenheiten öffentlich erläutert,

wie dieser Weg aussieht. Er will das in der Landesverfassung verankerte begabungsgerechte, gegliederte Schulsystem in Thüringen durch die Einheitsschule ablösen. Unter dem wohlklingenden Slogan „längeres gemeinsames Lernen“

» In unseren Schulen gibt es zweifellos noch genug zu tun «

wird nun auch wieder in Thüringen mit unseren Schulen experimentiert.

Doch nicht nur von der begabungsgerechten Schule verabschiedet sich Thüringen, sondern auch von der auf Leistung orientierten. Schon zum Ende dieses Schuljahres gab es in den Klassenstufen 3, 5 und 7 keine Versetzungsentscheidungen mehr, in der Gemeinschaftsschule wird gar bis Klassenstufe

8 „aufgerückt“. Ein Schulsystem, in dem es perspektivisch keine Noten und kein Sitzenbleiben mehr geben soll, entwöhnt die Schüler von Leistung und Anstrengung. So werden unsere Kinder und Jugendlichen denkbar schlecht auf die Arbeitswelt vorbereitet!

In unseren Schulen gibt es zweifellos noch genug zu tun. Nicht zuletzt, weil von den Unternehmen die fehlende Ausbildungsreife vieler Schulabgänger kritisiert wird. Dazu muss vor allem Leistung gefordert und belohnt werden. Sozialdemokratische Gleichmacherei ist der falsche Weg. Gerade für die, die sich in der Schule schwertun, brauchen wir mehr Berufsorientierung im Unterricht, und nicht die Vorbereitung auf eine akademische Hochschulausbildung. Gleichzeitig müssen die schon heute möglichen Übergänge zwischen den Schulformen praktikabler werden, genauso wie der Hochschulzugang ohne Abitur.

Wir wollen, dass sich die Lehrer auf die Arbeit mit ihren Schülern konzentrieren können und nicht durch Experimente des Ministers belastet und verunsichert werden. Viele in der Union sehen das genauso wie wir Liberale. Leider hat die CDU aus Gründen der Koalitionsräson Minister Matschie die Mittel für einen Umbau der Thüringer Schulen in die Hand gegeben, sodass wir als FDP mit unserem Plädoyer für ein leistungsorientiertes Bildungssystem im Landtag häufig allein stehen.

Deshalb brauchen wir Mitstreiter aus Wirtschaft und Gesellschaft, die öffentlich für ein leistungs- und begabungsgerechtes Schulsystem in Thüringen eintreten. Wir freuen uns, dass wir einige als Repräsentanten für unsere Kampagne gewinnen konnten. Ich würde mich freuen, wenn auch Sie uns bei unseren Aktivitäten für eine leistungsorientierte „Schule für's Leben“ unterstützen.

Ihre

Franka Hitzing
Stellvertretende Fraktions- und Landesvorsitzende der FDP und bildungspolitische Sprecherin

Benotung dient der Leistungsüberprüfung

Interview mit Stefan Lobenstein, Präsident der Handwerkskammer Erfurt

Der Konditormeister Stefan Lobenstein ist Präsident der Handwerkskammer Erfurt (HWK). Im Gespräch mit der ThL erklärt er, warum er für Kopfnoten und ideologiefreie Entscheidungen in der Bildungspolitik eintritt.

ThL: Die Handwerkskammer Erfurt fordert Kopfnoten auf dem Abschlusszeugnis. Was versprechen Sie sich davon?

Stefan Lobenstein: Das fordern viele Ausbildungsbetriebe. Handwerksberufe bieten ein breites Spektrum für Schulabgänger unterschiedlichster Einstiegsqualifikationen. Auch Schüler mit nicht so guten Noten in den Hauptfächern können zu Top-Fachkräften ausgebildet werden. Für die Ausbilder sind Leistungsbereitschaft, Interesse und Motivation der Bewerber von großer Wichtigkeit. Sozialkompetenz, Teamfähigkeit und Verhaltensweise sind für eine erfolgreiche Bewerbung um eine Lehrstelle genauso bedeutungsvoll wie gute Noten in den Hauptfächern und können eine zweite Chance bieten.

ThL: Sind die Auszubildenden durch die Thüringer Schule ausreichend auf die Anforderungen der Wirtschaft vorbereitet?

Lobenstein: Dank des Projektes „Berufstart plus“ und auch anderer Projekte, die sich mit der Berufsorientierung von Schülern befassen, ist das Thema Wirtschaft deutlich stärker in den Unterrichtsalltag der Schulen gelangt. Gerade die Kombination von der Vermittlung wirtschaftsrelevanter Inhalte im Unterricht und die praktische Erprobung der Schüler in den Betriebspraktika können die Berufsorientierung vertiefen. Schüler müssen frühzeitig erfahren, wie es in den Unternehmen aussieht, was verlangt wird und wie die praktische Arbeit tatsächlich aussieht. Die intensive Berufsorientierung von „Berufstart Plus“ sollte in den Regelschulen und Gymnasien eine Regelleistung werden.

ThL: Was halten Sie von der Abschaffung von Klassenwiederholungen in den Klassenstufen 3,5,7 und dem Verzicht auf Benotung?

Lobenstein: Eine Benotung dient der Leistungsorientierung der Schüler. Am Ende

eines Schuljahres sind bestimmte Ziele zu erreichen. Werden diese tatsächlich nicht erreicht, sind Stütz- oder Nachhilfeunterricht und das Einbeziehen der Eltern wichtige Hilfen. Wird das Klassenziel dennoch verfehlt, ist es keine Schande, eine Klasse zu wiederholen, sondern vielmehr eine zweite Chance.

ThL: Die FDP-Landtagsfraktion will mit der Kampagne „Schule für's Leben“ den Leistungsgedanken im Thüringer Bildungswesen betonen. Wie wichtig ist dem Handwerk die Leistungsbereitschaft seiner Auszubildenden?

Lobenstein: Das Handwerk bietet unterschiedlichste Karriere- und Aufstiegs-



» Das Handwerk bietet unterschiedlichste Karriere- und Aufstiegschancen «

chancen. Diese sind eng verknüpft mit den individuellen Ansprüchen und Zielen. Vom Lehrling bis hin zum Meister oder Betriebswirt im Handwerk und sogar bis zum Studium reichen die Möglichkeiten. In keinem Wirtschaftsbereich sind die Erfolgsaussichten einer Selbstständigkeit dank einer fundierten Ausbildung größer als im Handwerk. Hier zeigt sich eindrucksvoll, dass sich Engagement lohnt.

ThL: Viele Unternehmen gehen heute auf die Schulen zu. Was tut die Handwerkskammer, um die Berufsorientierung der zukünftigen Auszubildenden zu befördern?

Lobenstein: Die Handwerkskammer Erfurt ist sehr stark im Projekt „Berufstart Plus“ engagiert. Hierbei wird von der Stärken- und Schwächenanalyse über Eignungstests bis hin zur Betreuung der Schüler bei Praktika, Schulbesuchen und Elterngesprächen ein umfangreiches Paket geschnürt. Auch der Wettbewerb „Klasse Handwerk“ bringt den jungen Leuten das Handwerk näher; und das mit viel Spiel und Spaß beim Lernen. Darüber hinaus sind unsere Mitarbeiter in zahlreichen Schulen zu Beratungen unterwegs, informieren auf den Berufsmessen betreuen auch die Beratungslehrer an den Schulen und entwickeln Informationsmaterial. Darüber hinaus spricht unserer aktuelle Imagekampagne des Handwerks gerade mit einer jugendgemäßen Ansprache in deren Medien die künftigen Bewerber hervorragend an.

ThL: Wenn der Präsident der Handwerkskammer drei Wünsche an den Thüringer Bildungsminister hätte, wie lauten diese?

Lobenstein: In der Bildungspolitik sollte mehr Gewicht auf der beruflichen Bildung liegen. Sie sollte sich stärker an der beruflichen Bildung orientieren und ihr mehr Aufmerksamkeit schenken. Es ist wichtig, dass Akademiker ausgebildet und Universitäten unterstützt werden, aber unsere mittelständisch orientierte Wirtschaft lebt vom Know-how ihrer Mitarbeiter, von den Facharbeitern, die alle aus der beruflichen Bildung kommen. Dies ist das Herzstück unserer Thüringer Wirtschaft. Ich wünsche mir darüber hinaus eine Schulnetzplanung, die alle Beteiligten einbezieht sowie planbar und mittelfristig angelegt ist. Damit haben alle Parteien, insbesondere die potenziellen Auszubildenden einen verlässlichen Rahmen. Denn heute verzeichnen wir auch einen Verlust von Auszubildenden. Nicht zuletzt wünsche ich mir, dass Experten ideologiefreie, parteiunabhängige Entscheidungen finden, und so plausibel und offen präsentieren, dass sie selbst von Laien verstanden werden – natürlich stets unter der Prämisse, dass die gesamte Gesellschaft stets davon profitiert.

Wissenschaftsfreiheitsgesetz auf den Weg gebracht

Röhlinger erinnert an Unfreiheit der Wissenschaft in der DDR

Am letzten Sitzungstag vor der parlamentarischen Sommerpause hat die Bundesregierung ein weiteres Vorhaben aus der Koalitionsvereinbarung auf den Weg gebracht – das Wissenschaftsfreiheitsgesetz. Durch das Gesetz soll außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen deutlich mehr Eigenständigkeit und

Flexibilität in ihrer Wirtschaftsführung ermöglicht und überflüssige Regularien sollen abgeschafft werden. Das ist nötig, damit Deutschland als Wissenschaftsstandort im internationalen Wettbewerb bestehen kann.

Dr. Peter Röhlinger, der maßgeblich mit an der Vorbereitung dieser Koalitionsinitiative beteiligt war, brachte für die FDP-Fraktion den Gesetzentwurf in den Bundestag ein. Er erinnerte daran, dass das Thema schon länger auf der politischen Agenda stand, aber nicht umgesetzt wurde. Schon in der zurückliegenden Wahlperiode war ein solches Gesetz geplant, aber erst auf Drängen der Liberalen wurde jetzt das Gesetzgebungsverfahren eingeleitet. Dabei kann Röhlinger auf ganz eigene Erfahrungen als Wissenschaftler zurückblicken. „Heute ist ein guter Tag für die Wissenschaft und für

die Freiheit der Wissenschaft. Ich weiß, wovon ich rede, denn ich habe zu DDR-Zeiten als Wissenschaftler gearbeitet. Da gab es diese Freiheit der Wissenschaft nicht. Damals war es nötig, das richtige Parteiabzeichen zu haben“, so Röhlinger.

Deshalb sei es gut, den Forschern noch mehr Freiheit zu geben. Im Einzelnen sieht das Gesetz vor, dass mit dem Prinzip der Globalhaushalte außeruniversitäre Forschungseinrichtungen zukünftig ihre Finanzmittel im Haushaltsplan auf Folgejahre übertragen können. Auch sollen sie Baumaßnahmen in größerer Selbstständigkeit durchführen, Gehälter frei aushandeln und sie auch mit privat finanzierten Drittmitteln aufstocken können. Dadurch sollen internationale Spitzenwissenschaftler nach Deutschland gelockt und die Abwanderung hoch qualifizierter Forscher verhindert werden. *ir*

Peter Röhlinger im Deutschen Bundestag.



Junge Liberale werben für Deutschland ohne Schulden

Kuske: Schulden von heute sind Steuern von morgen

Die Jungen Liberalen (JuLis) in Thüringen haben die parlamentarische Sommerpause genutzt, um für ein schuldenfreies Deutschland zu werben. „Der derzeitige Schuldenstand in Deutschland nimmt der Jugend die Luft zum Atmen“, sagte der Landesvorsitzende der JuLis, Bernhard Kuske. „Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen“, weist der Jungpolitiker auf das Problem der Generationengerechtigkeit bei den Schulden hin.

Im Rahmen einer bundesweiten Kampagne haben die liberalen Nachwuchspolitiker deshalb mit mehreren Aktionen u.a. in Weimar und Erfurt auf die Probleme der hohen Staatsverschuldung aufmerksam gemacht. „Alle wissen, dass wir sparen müssen. Aber niemand will an die Ausgaben ran. Das ist unverantwortlich“, so Kuske. Vor diesem Hintergrund erneuerte Kuske seine Kritik an der schwarz-roten Landesregierung. „Die SPD macht sich den Staat zur Beute und will

offensichtlich den kommenden Landtagswahlkampf mit Schulden für die künftige Generation bezahlen.“ Statt jetzt konkrete Sparanstrengungen zu unternehmen, würden die Probleme des Freistaates auf die lange Bank geschoben.



Bernhard Kuske, Landesvorsitzender der JuLis

Aber nicht nur den Landeshaushalt wollen die JuLis in den Blick nehmen. Auch den Haushalt des Bundes sehen die JuLis nicht unkritisch. „Die Steuereinnahmen sprudeln. Mit ein bisschen mehr Ehrgeiz könnten wir schon 2014 ohne neue Schulden auskommen“, ist Kuske überzeugt. Wichtig sei den JuLis, dass das Thema Schuldenabbau bei allen politischen Akteuren ganz oben auf die Agenda komme. „Auf Schuldenbergen kann man nicht spielen, da ist die Farbe der Gipfel egal“, meinen die JuLis.

Während der parlamentarischen Sommerpause lief eine bundesweite Kampagne der Jungen Liberalen. Unter dem Motto „Deutschland. Ohne Schulden. Frei.“ fanden Aktionen in allen Bundesländern statt. Dazu hatten die JuLis sich die größten Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes angesehen und Sparvorschläge von 6 Milliarden Euro jährlich vorgelegt. | schuldenabbau.julis.de *ms*

Bundesregierung investiert massiv in Bildung und Forschung

Patrick Kurth: Gezielte und nachhaltige Förderung vorhandener Potenziale

Seit dem Regierungswechsel zur christlich-liberalen Koalition Ende 2009 geht es mit Deutschland aufwärts. Das zeigt sich vor allem im Bereich von Bildung und Forschung. 2012 erreicht der Bildungsetat mit 12,94 Milliarden Euro ein Rekordniveau. Ein Plus von 1,3 Milliarden oder gut 11 Prozent: Das ist der größte Zuwachs aller Einzeletats im Bundeshaushalt 2012. Damit ist die Koalition dem selbst gesteckten Ziel, 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung aufzuwenden, schon sehr nah gekommen. Mit dem Rekord-Etat 2012 von knapp 13 Milliarden Euro hat sie bereits knapp 9,5 Prozent erreicht.

Neben der Erhöhung der Bafög-Förderätze wird auch das von der FDP geforderte Deutschlandstipendium umgesetzt. Für den FDP-Bundestagsabgeordneten Patrick Kurth sind dabei zwei Bereiche besonders wichtig: die weitere Unter-

stützung der dualen Berufsausbildung und eine intelligentere Förderung der ostdeutschen Wirtschaft. Ende August hat Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) zusammen mit den beiden Ministerpräsidenten der Länder

Innovationsprozess in Ostdeutschland weitere Impulse zu geben. Für Kurth, der in der FDP-Bundestagsfraktion Sprecher für den Aufbau Ost ist, zeigt das Programm, dass die Bundesregierung „in Sachen Aufbau Ost weiter die Zeichen der Zeit erkennt: weg von der Förderung nach dem Gießkannenprinzip, hin zu einer gezielten und nachhaltigen Förderung vorhandener Potenziale“.

Die FDP habe schon länger betont, dass das wichtigste noch vorhandene ostspezifische Problem nicht die fehlende Innovationsfähigkeit, sondern die strukturelle Kleinteiligkeit sei, die oft eine noch intensivere Forschung und Entwicklung erschwert. Deshalb setze das Programm am richtigen Hebel an und nutze die vorhandenen Potenziale, damit die Wettbewerbsfähigkeit auch nach dem Auslaufen des Solidarpakts im Jahre 2019 sichergestellt wird. *ms*

» Die Zeichen der Zeit in Sachen 'Aufbau Ost' werden von der Bundesregierung weiter erkannt «

Sachsen und Sachsen-Anhalt, Stanislaw Tillich und Reiner Haseloff, das Programm „Zwanzigzwo – Partnerschaft für Innovation“ vorgestellt. Das neue Förderprogramm der Innovationsinitiative „Unternehmen Region“ zielt darauf ab, dem

Schule für's Leben

„ALLE SAGEN, WENN ICH MAL WAS WERDEN WILL, BRAUCHE ICH GUTE NOTEN. DIE MÖCHTE ICH AUCH IN ZUKUNFT BEKOMMEN.“

Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag will eine Schule, die fördert und fordert, auf Experimente an unseren Schülern verzichtet und Leistungen mit Noten belohnt.

www.schule-fuers-leben.de





Von links oben nach rechts unten:
bei Karola Strien in Buttstädt |
Logistikzentrum der Simba-Dickie-Group
in Sonneberg | Auf dem Kreuzberg
während des Rhöngipfels | zK in Moxa |
Kaufland Sömmerda

Fotos: Gordon Schmidt | Jens Panse
Weitere Fotos auf WWW.THL-FDP.DE

Handel lehnt Ladenöffnungsregel und gesetzlichen Mindestlohn ab

3. Sommerreise des FDP-Fraktionsvorsitzenden zum Thema „Marktplatz Thüringen“

„Der Handel lehnt das Thüringer Ladenöffnungsgesetz und die Forderung nach Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns ab“, ist das Fazit des FDP-Fraktionsvorsitzenden im Thüringer Landtag Uwe Barth.

Im Rahmen seiner Sommerreise hatte der Liberale mehr als 20 Unternehmen besucht und auch Gespräche mit Gewerbevereinen und Arbeitnehmervertretern geführt und bilanziert: „Ich habe dabei kaum jemanden getroffen, der die neue Ladenöffnungsregel in Thüringen begrüßt.“ Große Einkaufsmärkte mit viel Personal könnten die Regelung teilweise noch umsetzen, die Mehrzahl der Einzelhandelsunternehmen sieht sich durch das Arbeitsverbot an mindestens zwei Samstagen im Monat aber in der Existenz bedroht. „Obwohl das Gesetz keiner braucht, verweigert die Regierung eine Korrektur und hat bislang auch noch nicht die angekündigte Verordnung umgesetzt. Gerade in der Ferienzeit werden

viele Unternehmen vor große Probleme gestellt, wenn sie die aktuelle gesetzliche Regelung einhalten wollen“, kritisiert Barth die Untätigkeit der Landesregierung.

Auch die Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn war Thema in allen Gesprächen, die

» Ich habe kaum jemanden getroffen, der die neue Ladenöffnungsregel begrüßt «

der liberale Fraktionschef führte. „In den meisten Unternehmen wird bereits ein Lohn gezahlt, der über dem in Thüringen im Gespräch befindlichen Stundensatz von 8,50 Euro liegt“, so Barth. Dies regeln Haustarifverträge und der Markt. Gute Fachkräfte seien sonst nicht zu be-

kommen bzw. zu halten. Eine gesetzliche Vorgabe lehnen die Unternehmen aber ab. Man müsse die Möglichkeit haben, Löhne entsprechend der Qualifikation der Mitarbeiter flexibel zu gestalten.

Er habe auch Unternehmer getroffen, die große Sorge um die Zukunft ihres Geschäfts hätten. Schließlich garantiere ihnen der Staat ja auch keinen Mindestgewinn, so Barth. Er könne Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig gern einmal die Adressen zur Verfügung stellen, damit dieser dort seine lebensfremden Forderungen vortragen könne. Die Sorgen und Nöte der kleinen Unternehmen interessierten ihn und Frau Lieberknecht aber offenkundig nicht. „Wer für einen Unternehmensbesuch nur 20 Minuten einplant, interessiert sich mehr für die Fotos als für die Probleme“, sagte Barth in Anspielung auf die Sommerreise der Ministerpräsidentin. *jp*

EIN VIDEO DER REISE FINDEN SIE AUF YOUTU.BE/CUAK6SP9_DE

Die nette Frau Lieberknecht

„Die FDP hat sich noch nie um das Wohl der Thüringer geschert“

Die nette Frau Lieberknecht hat die FDP zu ihrem neuen Lieblingsfeind erkoren. Nicht, indem sie gemeinsam mit ihrem Wirtschaftsminister gegen die Solarkürzungen schimpft oder die Haushaltsvorschläge der FDP als Unsinn abtut. Das ist Tagesgeschäft zwischen Opposition und Regierung. Vor einigen Wochen aber, in einem Interview, bezeichnete sie die FDP als „eine Partei, die sich noch nie um das Wohl der Thüringer geschert hat“. Das ist dann doch mehr als Tagesgeschäft, das ist beleidigend, ehrabschneidend und unverschäm.

Parteien sind nämlich keine geichts- oder seelenlosen abstrakten Wesen. Sie bestehen aus Menschen und sind die Summe der Stärken (und Schwächen) ihrer Mitglieder. Die Äußerung von Frau Lieberknecht trifft damit jedes einzelne Mitglied der FDP persönlich. Keiner von uns hat sich jemals um das Wohl der Thüringer geschert. Das bedeutet dieser Satz, so lese ich ihn jedenfalls. Und das kann und will ich nicht unwidersprochen stehen lassen.

Ob Bernhard Vogel seine Kabinettsmitglieder von 1990 bis 1994, unseren ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Ulrich Fickel und seine Kollegen Hartmut Sieckmann, Dr. Jürgen Bohn und Dr. Jürgen Schulz, so beschreiben würde? Ich kann es mir nicht vorstellen.

Ob die Menschen in Jena so über Peter Röhlinger, die in Straufhain so über Horst Gärtner, die in Bad Langensalza so über Bernhard Schönau, die in Bürgel so über Christian Nitzsch denken? Halten die Bürger von Mörsdorf dies für auf Hans-Jürgen Lehmann zutreffend und die in Ebenshausen auf Fred Leise? Haben die Menschen in Saalburg-Ebersdorf Volker Ortwig zu ihrem Bürgermeister gewählt, weil er sich noch nie um ihr

Wohl geschert hat? Sind Margitta Otto in Schlotheim und Franka Hitzing in Friedrichsthal deshalb Bürgermeisterinnen geworden? Leider reicht der Platz hier nicht aus, um alle liberalen Bürgermeister in Thüringen aufzuzählen, aber zwei Dinge einen sie alle: Sie sind von Thüringern gewählt und das deshalb, weil diese Menschen glauben, dass sie sich von allen

in Anspruch, das Wohl Thüringens und seiner Menschen als seine Aufgabe, als seinen Auftrag zu verstehen.

Keiner der Genannten und nicht Genannten nimmt für sich in Anspruch, alles richtig zu machen. Ich halte diese Grundeinstellung, an die eigene Fehlbarkeit zu glauben, für eine Tugend. Sich ständig zu hinterfragen und eigene Entscheidungen und Positionen permanent zu überprüfen, das gehört gerade bei einer Partei, die selten absolute Mehrheiten gewinnt, zum täglichen Geschäft. Selbstzweifel schützen auch vor Selbstüberschätzung, ein Schutz, der Frau Lieberknecht ganz offenkundig fehlt.

Sich „noch nie am Wohl der Thüringer orientiert“ zu haben, heißt, es nicht ein einziges Mal getan zu haben. Die FDP-Fraktion hat Frau Lieberknecht am 30. Oktober 2009 im dritten Wahlgang gegen Bodo Ramelow zur Ministerpräsidentin gewählt. Ich habe diese Entscheidung trotz aller Auseinandersetzungen gerade mit der sozialdemokratisierten Thüringer CDU immer für richtig gehalten. Wenn Frau Lieberknecht jetzt selbst meint, das sei nicht zum Wohl der Thüringer gewesen, dann ist das eine Art der Selbstreflexion, deren Interpretation ich dem geeigneten Leser überlasse.

Die FDP hat seit 1990 auf vielen Ebenen die positive Entwicklung Thüringens entscheidend mitgeprägt. Wir, das heißt unsere in Verantwortung stehenden Mitglieder, werden dies auch weiterhin tun. Anerkennung seitens der Ministerpräsidentin wäre angemessen und erfreulich, ist aber keineswegs Voraussetzung für unser Engagement.

Wenn sie einen Funken Ehre im Leib hätte, würde Frau Lieberknecht sich für diese unsägliche Äußerung öffentlich entschuldigen. *Uwe Barth*



Kandidaten am besten um ihr Wohl kümmern (oder scheren).

Gleiches gilt für die mehreren Hundert liberaler Gemeinde- und Stadträte und für FDP-Mitglieder in allen 23 Kreisparlamenten unseres Landes. Es gilt für zwei Bundestagsabgeordnete, und der Unterzeichner nimmt stellvertretend für sieben Landtagsabgeordnete ebenfalls



„Freiheit bewegt“ lautet das Motto der Deutschlandtour der FDP-Bundestagsfraktion mit Stationen in Gera (!) und Erfurt.

Freiheit bewegt!

Deutschlandtour machte Station in Gera und Erfurt

Gera und Erfurt waren in diesem Jahr die Stationen der Deutschlandtour der FDP-Bundestagsfraktion. In Gera stellte sich der Bundestagsabgeordnete Dr. Peter Röhlinger den Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Patrick Kurth stand in Erfurt als Ansprechpartner zur Verfügung.

In diesem Jahr stand die Tour unter dem Motto „Freiheit bewegt“. Zum sechsten Mal nutzte die FDP-Bundestagsfrak-

tion die parlamentarische Sommerpause, um mit Bürgern in ganz Deutschland in Kontakt zu treten. Mit 74 Stationen war es in diesem Jahr die größte Deutschlandtour, die bisher von der FDP-Bundestagsfraktion organisiert wurde.

Inhaltlich standen in diesem Jahr die „Brot & Butter“-Themen im Mittelpunkt. Für die FDP-Bundestagsfraktion sind es die Themen Soziale Marktwirtschaft,

Bildungspolitik, Bürgerrechte und Europapolitik, die auch in der Zukunft den Markenkern liberaler Politik ausmachen werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Haushaltspolitik: Spielerisch konnten die Besucher am Stand der FDP-Bundestagsfraktion auf einem Fahrrad „Schulden runterfahren“.

WEITERE INFOS UND BILDER AUF WWW.FREIHEIT-BEWEGT.DE

Nein, schlechte Stimmung herrscht in Polen nicht!

Die Sektionen Sachsen-Anhalt und Thüringen der DGLI besuchten Warschau

Die Wirtschaft brummt, eine in vielen Landesteilen bemerkenswert niedrige Arbeitslosigkeit und zahlreiche Reformen auf dem Weg, gute nachbarschaftliche Beziehungen in alle Himmelsrichtungen, eine stabile liberal-konservative Regierung und ein sportliches Top-Ereignis mit der EURO 2012 werbewirksam genutzt: Zu der ohnehin freundlich-offenen Art der meisten Polen mischt sich gegenwärtig noch ein Quäntchen Stolz auf das Erreichte – völlig zu Recht. Fährt man dieser Tage in Polens Metropole Warschau, erlebt man eine moderne, weltoffene, kunst- und kultursinnige Stadt. An allen Ecken wird gebaut, renoviert, verbessert. Verständigungsprobleme gibt es keine – man spricht zumindest Englisch, häufig auch Deutsch, und Ausländern begegnet man überall mit Hilfsbereitschaft und herzlicher Gastfreundschaft.

Als Sektionen der Deutschen Gruppe der Liberalen Internationalen (DGLI) hatten die Liberalen aus Thüringen und Sachsen-Anhalt im Mai die Gelegenheit, ein interessantes Gesprächsprogramm zu erleben. Unterstützt durch das polnische Außenministerium und die Deutsche Botschaft in Warschau hatten die 15 Teilnehmer in einem straffen dreitägigen Programm die Möglichkeit, sich zu wichtigen Fragen der sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung des Nachbarlandes zu informieren.

Ein Gespräch in der polnischen Nationalbank mit dem Leiter der Auslandsabteilung zeigte den Stolz auf die materielle Lage der polnischen Republik – keine Verschuldung, Abbau der Arbeitslosenquote, Wachstum auch in Jahren der Rezession. Der Beitritt zum Euro – zur gemeinsamen europäischen Währung – wird von einigen Faktoren abhängig gemacht, die man vorher erfüllt sehen möchte. Ein Zeithorizont bis 2020 ist ins Auge gefasst. Das Gespräch mit Vertretern des Regionalparlaments von Masowien veranlasste zu einem Vergleich mit den Landesparlamenten von

(1944) – die tragischen Momente unserer gemeinsamen Geschichte – als Mahnung und Zeichen zum weiteren Zusammenwachsen der Völker im geeinten Europa.

Unübersehbar sind auch einige Herausforderungen und Aufgaben, die verstärkt angegangen werden müssen. Dazu gab es besonders wichtige Informationen bei dem Gespräch mit dem stellv. Hauptgeschäftsführer der Deutsch-Polnischen Industrie- und Handelskammer. Hierzu gehört der notwendige Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Das Bahnnetz zeigt sich als generell zu wenig leistungsfähig, und War-

» Polens Metropole Warschau ist eine moderne, weltoffene, kunst- und kultursinnige Stadt «

Sachsen-Anhalt und Thüringen. Hier hat man 51 ehrenamtliche gewählte Vertreter im Sjemik von Masowien aus vier Parteien, die vier Fraktionen bilden. Die Wojewodschaft Masowien hat ein Haushaltsvolumen von ca. 3 Milliarden Złoty, die sich aus Eigeneinnahmen/Steuern, Subventionen und Dotationen ergeben. Eine Schuldenbremse gibt es seit 2005 mit dem Gesetz über öffentliche Finanzen.

An den drei Tagen gab es auch Gelegenheit zu kurzen kulturellen Visiten; so besichtigte man auch das Denkmal zum Warschauer Ghetto (1940–42) und das Museum über den Warschauer Aufstand

schau ist eine der wenigen europäischen Hauptstädte, die noch nicht mit einem guten Autobahnnetz ausgestattet sind.

Wie der Zufall es wollte, weilte zum gleichen Zeitpunkt die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Cornelia Pieper, in Warschau. Die Delegation hatte die Möglichkeit, sich mit ihr zu aktuellen Top-Themen der deutsch-polnischen Aktivitäten auszutauschen. Die wirtschaftlich-kulturelle Zusammenarbeit mit Deutschland als dem wichtigsten Partner Polens ist auf einem sehr guten Weg. Nein, schlechte Stimmung herrscht in Polen nicht!

Dr. Helmut Hörold/Dr. Carsten Klein

IMPRESSIONEN | FDP-SOMMERFESTE 2012



Fotos: Jens Panse
Weitere Fotos auf WWW.FDP-THUERINGEN.DE

Thüringer Parlamentarier der ersten Stunde gestorben

Uwe Barth und Landtagspräsidentin Birgit Diezel würdigten den ehemaligen Landtagsvizepräsidenten Peter Backhaus

Am 8. Juli ist der ehemalige FDP-Landtagsabgeordnete Peter Backhaus im Alter von 72 Jahren verstorben. Er war Vizepräsident des ersten frei gewählten Thüringer Landtages nach der Wiedervereinigung. „Von 1990 bis 1994 hat er wertvolle Pionierarbeit für die Demokratie in Thüringen geleistet. Er war ein markantes Gesicht im Parlament des damals noch jungen Freistaats. Als liberaler Landtagsabgeordneter lebte Peter Backhaus Demokratie und machte sie für jedermann zugänglich“, so Uwe Barth in seinem Nachruf.

„Thüringen verliert mit Peter Backhaus einen Menschen, der in den Anfangsjahren den Landtag mitgeprägt hat. Sein Einsatz für die Menschen und sein unermüdliches Wirken bei der Gestaltung der Demokratie im ersten Thüringer Landtag werden uns immer in Erinnerung bleiben. Wir werden sein Andenken in Ehren

bewahren“, so Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU).

Peter Backhaus, geboren am 14. März 1940 in Gotha, gehörte während der ersten Wahlperiode von 1990 bis 1994 dem Thüringer Landtag an. Er war während dieser Zeit einer der beiden Vizepräsidenten des Landtags. Nach dem Abitur und einem Studium an der Hochschule für Musik in Weimar arbeitete Peter Backhaus 25 Jahre lang als freischaffender Pianist. Seine Wirkungsstätten waren unter anderem das Staatliche Sinfonieorchester Gotha, die Suhlener Philharmonie und das Meininger Theaterorchester. Von 1969 bis 1990 war er Direktor der Max-Reger-Musikschule in Meiningen und der Bezirks-Musikschule in Suhl. Nach der Wende wirkte Peter Backhaus von März 1990 bis zum Beginn der 1. Legislaturperiode als Ressortleiter bei der Bezirksverwaltungsbehörde in Suhl. *jp*



Jürgen Backhaus (l.) hier im Gespräch mit FDP-Chef Uwe Barth.



Erstrahlt Dank der FDP in frischen Farben: Monument am Ortseingang von Suhl

Blau-gelbe Grüße am Ortseingang

Aktion der Suhlener FDP kommt bei den Bürgern gut an

Besucher, die aus Schmiedefeld nach Suhl kommen, begrüßt seit Anfang Juli das frisch hergerichtete Monument am Ortseingang in den blau-gelben Stadtfarben. „Die CDU hatte den Vorschlag unterbreitet, den Eingangsbereich von Suhl zu verschönern“, berichtete FDP-Kreisvorsitzender Michael Spörer, „passiert ist nichts“.

Dann nahm sich die FDP-Stadtratsfraktion des Themas an. Für rund 2.000 Euro wurde das marode alte Monument hergerichtet. Zum Abschluss wird demnächst noch mittels Solarpanel eine Beleuchtung des Schriftzuges ermöglicht. „Suhl ist die erste Stadt, die die FDP-Farben ins CD übernommen hat“, freut sich Andreas Schmidt. Der liberale Unternehmer hat die Aktion unterstützt.

Am 18. Juli wurde das sanierte Monument Suhls parteilosem Bürgermeister Dr. Jens Triebel in der Hoffnung übergeben, dass sich die Stadt künftig der Pflege annehmen werde. Für FDP-Chef Uwe Barth ist die Aktion ein nachahmenswertes Beispiel, wie Politik etwas in der Öffentlichkeit gut Wahrnehmbares für die Stadt leisten kann. *jp*



AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Die fossile Revolution

HOLGER KRAHMER MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

WWW.HOLGER-KRAHMER.DE

Seit Jahren versuchen EU-Kommissionen und Europas Regierungen, die Energieversorgung und das Weltklima zu planen. Parallel dazu verändert ein Neuzugang den Energiemarkt auf revolutionäre Weise und hat das Potential, sämtliche Pläne durcheinander zu wirbeln: Gas und Öl aus unkonventionellen Lagerstätten.

Die Vorkommen sind lange bekannt, waren aber bislang nicht zugänglich. Technischer Fortschritt macht es jetzt möglich, diese Vorkommen wirtschaftlich und umweltverträglich zu erschließen. Wo die Reise hingehet, kann man in den USA beobachten. In den letzten Jahren sind dort 2 Millionen Jobs rund um die Schiefergas-Exploration entstanden. Ganz ohne Subventionen oder staatliche Garantien. Die USA werden zum Netto-Exporteur von Gas. Der Rohstoff Gas ist in den USA für 10 – 25% des Preises zu haben, der für Gas aus der Golfregion zu bezahlen ist.

Der Siegeszug des Gases in der US-Energieversorgung ist nicht mehr aufzuhalten. Es ist preiswert und im eigenen Land verfügbar. Da Gas effizienter verbrennt als alle anderen fossilen Rohstoffe, tritt ein unerwarteter Nebeneffekt ein: Die Kohlendioxid-Emissionen der USA sinken. Ebenfalls ganz ohne Klimapolitik der dortigen Bundesregierung.

Die Schiefergas-Vorkommen sind ein globales Phänomen. Es gibt sie fast überall. Auch in Europa: In Großbritannien und Polen sind sie längst Bestandteil energiepolitischer Strategien. Auch für Deutschland bescheinigt die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe: „Das in Deutschland vorkommende Schiefergas hätte das Potenzial, die heimische Energieversorgungssicherheit zu erhöhen.“ Die Internationale Energie-Agentur prognostiziert bis 2020 einen weltweiten Gaspreisrückgang bis zu 30 Prozent. Das alles sind gute Nachrichten für Verbraucher, Wirtschaft und Umwelt.

Die stille Revolution des Schiefergases bestätigt einmal mehr: Große politische Pläne werden von der Realität eingeholt. Sie sind nichts anderes als angemessenes Wissen der Zukunft. Technischer Fortschritt und Erfindergeist vollziehen sich fernab jeder politischen Bürokratie, die die Zukunft am Reißbrett entwerfen will.

Die Schiefergase haben das Zeug zum 'Game Changer': Die Zukunft der Energieversorgung ist aller Wahrscheinlichkeit nach fossiler als die weit verbreiteten Träumereien von der Vollversorgung durch erneuerbare Energien. Wir sind gut beraten, die Möglichkeiten zu nutzen und zu einer marktwirtschaftlichen Energiepolitik zurückzukehren. Sie kommt ohne Subventionen und Garantien aus. Und sie verzichtet auf Nutzungsziele für nicht marktreife Technologien.

HOLGER KRAHMER | KONTAKT ABGEORDNETENBÜRO BRÜSSEL: EUROPÄISCHES PARLAMENT | BÄTIMENTALTIROSPINELLI10G158 60, RUE WIERZT | BE-1047 BRÜSSEL | TELEFON +32 2 28-45344 FAX +32 2 28-49344 | HOLGER.KRAHMER@EUROPARL.EUROPA.EU

GEBURTSTAGE + EINTRITTE

THL GRATULIERT ZUM GEBURTSTAG

IM AUGUST Sebastian Kunze (30 Jahre), Uwe Asmus (40 Jahre), Jutta Coburger (60 Jahre), Marco Schmidt (30 Jahre), Luise Schilling (70 Jahre), Jens Seeber (40 Jahre), Dr. Karlheinz Gutmacher (70 Jahre)

IM SEPTEMBER Ronny von Jan (40 Jahre), Dirk Bucklitsch (50 Jahre), Günther Michel (90 Jahre), Manfred Bode (60 Jahre), Susanne Knoche-Warz (50 Jahre), Klaus Hofmann (70 Jahre)

GLÜCKWÜNSCHE AUCH AN

Alexandra Leykauf, Thomas Wagenknecht, Karl-Heinz Meinhardt, Paul Gellner, Nikklas-Jens Biller-Bomhardt, Wolfhard Thomae, Matthias Purdel, Bernhard Schönauf, Manuel Telle, Bernhard Christian Kuske, Gabriele Herfert, Sven König,

Elsa von Hirschhausen, Norbert Kresse, Frank Bergmann, Justus Lenz, Guido von Pöllnitz, Bernd Karnstedt, Ulla Tenner, Wilfried Fabig, Hartmut Sieckmann, Johannes Bräun, Peter Fräbel, Paul Heinecke, Detlef Zschiegner, Joachim Brock, Friedrich-W. Emmerich, Steve Kempe, Karin Hollandt, Steffen Plaul, Jürgen Meyer, Michael Spörer, Dr. Reinhard Bartsch, Heidrun Morgan, Julia Flöricke, Helmut Hempel, Ingo Stöckel, Marcel Hardrath, Dr. Harald Mertes, Sabine Heunemann, Reinhard Probandt, Heike Bahn-Schultz, Heidrun Schlenstein, Dr. Johannes Frackowiak, Otto Ritzel, Eckhard Linke, Birgit Schuster, Janusz Christian Riese, Andreas Klaschka, Sandra Scherf-Michel, Sebastian Koch

JÜNGSTE EINTRITTE FDP THÜRINGEN

Jens Gerlach, Harald Hottenrott, Laura Martin, Pierre Becker, Christin Marx, Petra Kerst



Großes Interesse beim Besuch des LFA Internationale Politik auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf

Landesfachausschuss Internationale Politik

FDP besucht den Truppenübungsplatz Ohrdruf

Auf großes Interesse stieß die Ankündigung des LFA Internationale Politik, den Truppenübungsplatz in Ohrdruf zu besuchen. Dementsprechend umfangreich war der Teilnehmerkreis, der sich Anfang August am frühen Nachmittag vor dem Haupttor in Ohrdruf versammelte und vom Kommandanten des Übungsplatzes, Oberleutnant Frank Peter, begrüßt wurde.

Es folgten etwa 30 Liberale aus Thüringen, darunter auch Mitglieder der Thüringer Sektion der Deutschen Gruppe Liberal International (DGLI), vorbildlich ausgestattet mit Wanderschuhen, Fotoapparaten und leichtem Marschgepäck, der Einladung des Direktkandidaten für die kommende Bundestagswahl im Wahlkreis Gotha/Ilm-Kreis, Torsten Köhler-Hohlfeld, sowie des Kreisvorsitzenden des Ilm-Kreises Kurt Schlenstein zur Besichtigungstour über einen der geschichtsträchtigsten und zugleich modernsten Übungsplätze Deutschlands.

Der Vorsitzende des LFA Internationale Politik, Dr. Carsten Klein, begrüßte die geplante militärische Weiternutzung des Geländes durch die Bundeswehr. Er bezeichnete die Umwandlung des Truppenübungsplatzes in einen Standortübungsplatz allerdings als die nur zweitbeste

Lösung. Ein Erhalt der Anlage in ihrer derzeitigen Form als Truppenübungsplatz wäre natürlich in Hinblick auf eine effiziente militärische Nutzung der Anlage wünschenswert gewesen. Im Rahmen des Stationierungskonzeptes 2011 des Bundesministeriums für Verteidigung sollte der Truppenübungsplatz eigentlich aufgegeben werden. Nach der Veröffentlichung folgten zum Teil wilde Spekulationen

bündete NATO-Truppen oder die Bundespolizei ebenfalls wie bisher den Übungsplatz werden nutzen können.

Besonders beeindruckte die liberalen Teilnehmer der enorme Aufwand, den die Bundeswehr bei der Räumung der Hinterlassenschaften aus zwei Weltkriegen und vor allem der Zeit der sowjetischen Nutzung des Areals aufwenden muss. Laut Oberleutnant Peter sollen die

» Der Truppenübungsplatz wird ab 2014 für die in Gotha stationierten Verbände als neuer Standortübungsplatz dienen «

nen über eine eventuell zivile Nutzung des Areals. Jedoch wurde Anfang des Jahres bekannt, dass der Standort Ohrdruf nun doch erhalten bleiben soll, allerdings in einer anderen Form. Der Truppenübungsplatz wird ab 2014 nicht mehr als eigenständige Einrichtung von der Bundeswehr geführt und verwaltet, sondern wird für die in Gotha stationierten Verbände als neuer Standortübungsplatz dienen. In Gotha sind Aufklärungseinheiten mit Drohnen stationiert, die zum Üben weitläufiges Gelände benötigen. Allerdings ist nicht gesichert, ob und inwiefern z.B. ver-

Arbeiten noch bis mindestens 2026 andauern. Erst dann wird das weitläufige Areal vollständig von den Hinterlassenschaften ununterbrochener militärischer Nutzung von mehr als 140 Jahren befreit sein. Es werden sich also für den LFA Internationale Politik auch in der absehbaren Zukunft noch einige Besuche und Wanderungen über diesen landschaftlich schönen Übungsplatzes ermöglichen lassen.

Thomas Baumbach

SIE SIND EXPERTE AUF EINEM BESTIMMTEN GEBIET oder wollen in einem der Fachausschüsse mitarbeiten? Dann melden Sie sich: lgs-thueringen@fdp.de

IMPRESSUM

HERAUSGEBER FDP Thüringen | Schillerstraße 62 | DE-99096 Erfurt | Telefon +49 361 3455919 | Fax +49 361 3455924 | pressestelle-thueringen@fdp.de
www.fdp-thueringen.de **REDAKTIONSLEITUNG** Jens Panse *jp* **REDAKTION** Patrick Kurth *pk* | Matthias Purdel *pur* | Ingo Reimann *ir* | Justus Lenz *jl*
 Matthaüs Schlummer *ms* | Klaus-Dieter Landgraf *kd* | Johannes Bräun *jb*

BEITRÄGE Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. **AUFLAGE** 1.800 Exemplare

ERSCHEINUNG 6-mal jährlich als Beilage des FDP-Mitgliedermagazins 'elde' | für FDP-Mitglieder ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises

GESTALTUNG + PRODUKTION RAUM II | Körnerstraße 56 | DE-04107 Leipzig | Telefon +49 341 30326760 | info@raum-zwei.com | raum-zwei.com

